

presse

Schwarz-Gelb präsentiert nur Scheinlösung für Ferienjobs

Zu den heutigen Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers Rainer Brüderle (FDP) zur Anrechnung von Ferienjobs auf das Arbeitslosengeld II erklären die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme und ihre Stellvertreterin Katja Mast:

Die SPD hat bereits im Januar 2010 einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, um Einkünfte aus Ferienjobs anrechnungsfrei zu machen. Dieser Antrag wurde jedoch im zuständigen Fachausschuss für Arbeit und Soziales von den Abgeordneten der schwarz-gelben Koalition abgelehnt.

Nun kann die Regierung dem Druck der Opposition und der Öffentlichkeit offenbar nicht mehr Stand halten. Sie schlägt vor, die Hinzuverdienstgrenzen auf 2.000 Euro im Jahr zu erhöhen. Das ist eine Scheinlösung für die Jugendlichen. Denn die Freigrenze von 100 Euro im Monat soll parallel abgeschafft werden. Damit wird Fleiß und Engagement der Jugendlichen gebremst.

Dieser Vorschlag der Union bedeutet, dass der regelmäßige Job gegen den Ferienjob ausgespielt wird. Die SPD hingegen will, dass Leistung sich lohnt. Wir fordern Volker Kauder, Rainer Brüderle und Ursula von der Leyen auf, eine lebensnahe Regelung zu finden, die den Ferienjob generell anrechnungsfrei macht. Gleichzeitig muss das Verdienen des eigenen Taschengeldes möglich sein.

Schnelles Handeln ist gefragt, damit Ferienjobs schon diesen Sommer bei jedem Jugendlichen gleich behandelt werden. Angemessene Einnahmen aus einem Ferienjob sollten nicht mehr als Einkommen im Sinne des Sozialgesetzbuches II berücksichtigt werden. Denn Ferienjobs sind nicht nur zum Geldverdienen da, sondern dienen vor allem der Berufsorientierung.